

# Oberösterreichische Heimatblätter

Herausgegeben vom Landesinstitut für Volksbildung und Heimatpflege in Oberösterreich  
Leiter: Wiss. Oberrat Dr. Dietmar Assmann

35. Jahrgang (1981)

Heft 1/2

## Inhalt

- Hilde Hofinger – Dietmar Assmann: 25 Jahre Landesinstitut für Volksbildung und Heimatpflege in Oberösterreich 5
- Katharina Dobler: Die Bildungszentren des OÖ. Volksbildungswerkes 27
- Katharina Dobler: Heimatpflege in Oberösterreich 33
- Herta Peer: Bundesstaatlicher Volksbildungsreferent für Oberösterreich – Förderungsstelle des Bundes für Erwachsenenbildung für OÖ., Büchereistelle 38
- Gustav Hofinger: Verband oberösterreichischer Volkshochschulen – Eine Säule der Erwachsenenbildung 42
- Franz Stauber: Das Katholische Bildungswerk der Diözese Linz 47
- Karl Pömer: Kulturarbeit in Oberösterreich 53
- Hans Altenhuber: Zur gegenwärtigen Situation und zur zukünftigen Entwicklung der österreichischen Erwachsenenbildung 61
- Karl Dillinger: Begriffe, Ideen und Initiativen – Kritische Überlegungen zur Bildungs- und Kulturarbeit 69
- Kurt Gerhard Fischer: Politische Bildung, Alltag und Alltagsbewußtsein – Ein essayistischer Versuch à fonds perdu 73
- Hannelore Blaschek: Marginalien zu einer Geschichte der Bildungswerke 78
- Ernst Wenisch: Wilhelm Gärtner und die Neuanfänge der Volksbildung in Oberösterreich nach dem Ersten Weltkrieg 86
- Martha Khil: Die Heimatgaue Dr. Adalbert Depinys 99
- Aldemar W. M. Schiffkorn: „Menschen mit brennenden Herzen . . .“ – Eduard Kriechbaum, einer der ersten Weggefährten Aldemar Schiffkorns beim Aufbau des OÖ. Volksbildungswerkes 111
- Franz Lugmayer: Karl Lugmayer und die österreichische Volksbildung 133
- Eduard Seifert: Aldemar Schiffkorn – Ein Versuch, das Charakterbild seiner Persönlichkeit zu entwerfen 142
- Biographische Daten 148
- Bibliographie 149

# Wilhelm Gärtner und die Neuanfänge der Volksbildung in Oberösterreich nach dem Ersten Weltkrieg

Von Ernst Wenisch

## Vorbemerkungen

Wilhelm Gärtner war in den Jahren 1920/21 bis 1924 gemeinsam mit Adalbert Depiny Landesreferent für das Volksbildungswesen in Oberösterreich und Gründer der Kunststelle des Landesreferates.<sup>1</sup> Die „Landesreferenten für das Volksbildungswesen“ wurden mit Erlaß des deutsch-österreichischen Unterrichtsamtes vom 30. Juli 1919, Z. 16450, betreffend die Genehmigung eines Regulativs für die Organisation des Volksbildungswesens in Deutschösterreich eingerichtet<sup>2</sup>, des sogenannten „Glöckel-Regulativs“, benannt nach dem Leiter des Unterrichtsamtes, Unterstaatssekretär Dr. Otto Glöckel<sup>3</sup>. Es handelt sich um die Position der später so bezeichneten „Bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten“<sup>4</sup>. Gärtner schied 1924 aus dem Amt; Depiny folgte ihm (bis 1938) allein<sup>5</sup>. 1945–1955 war Hans Commenda Bundesstaatlicher Volksbildungsreferent, sein Nachfolger war Aldemar Schiffkorn<sup>6</sup>. Dieser hatte vor seiner Berufung zum Bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten (30. November 1955) als Leiter des mit einstimmigem Beschluß der oberösterreichischen Landesregierung vom 30. Juni 1947 errichteten Oberösterreichischen Volksbildungswerkes reiche volksbildnerische Erfahrungen sammeln können.<sup>7</sup> Auch Gärtner war nicht zufällig vom Staatsamt für Unterricht zum Landesreferenten für Volksbildung in Oberösterreich berufen worden. Umfassend gebildet und im Volksbildungswesen des Landes längst tätig, hatte er 1918/19 den „Landesverband zur Förderung der Volksbildung in Oberösterreich“ gegründet, wurde zu seinem ersten Leiter gewählt und war in dieser Eigenschaft auch mit dem erwähnten Regulativ kritisch befaßt.

Über diese Neuanfänge des Volksbildungswesens in Oberösterreich nach dem Zusammenbruch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie handelt der folgende Beitrag. Dabei ergaben sich – vor dem Hintergrund historisch einmaliger und daher auch verschiedener Situationen – doch überraschende Parallelen zu den Pionierleistungen der Gründergeneration nach dem Zweiten Weltkrieg. In dem kritischen Dialog zwischen freier Volksbildung und staatlicher Kulturverwaltung, repräsentiert durch den Landesverband

zur Förderung der Volksbildung in Oberösterreich und durch das Staatsamt für Unterricht bzw. dessen Volksbildungsamt, zeigt sich – gleichsam zeitüberdauernd – die spannungsreiche Dialektik von zwei legitimen prinzipiellen Positionen in einem demokratisch verfaßten Staatswesen: die Forderung der Verbände und Vereinigungen nach Autonomie und nach „Sachförderung ohne Sachbeeinflussung“; und das vom Staat beanspruchte Recht nach einer, Freiheit und Pluralität zwar voll respektierenden,

<sup>1</sup> Gärtner Wilhelm Dr. phil., Mittelschullehrer, Volksbildner, Oberstudienrat, in: Biographisches Lexikon von Oberösterreich, 8. Lieferung (1962), Blatt 1. – Depiny Adalbert Dr. phil., Professor, Bundesstaatlicher Volksbildungsreferent i. R., op. cit., 2. Lieferung (1956), Blatt 1.

<sup>2</sup> Kundgemacht in: „Volkserziehung“, Nachrichten des Österreichischen Unterrichtsamtes, Amtlicher Teil (Verordnungsblatt für den Dienstbereich des Österr. Staatsamtes für Unterricht), Jg. 1919, Nr. 45; im Auszug wiedergegeben im Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes V/5/58/11 vom 23. Juni 1958, in: Eduard Seifert / Ernst Wenisch, Zur Frage eines österreichischen Volksbildungsgesetzes, hrsg. vom Institut für Grundlagenforschung im Ring Österreichischer Bildungswerke, Salzburg o. J., S. 103 ff. – Das Regulativ wurde auf Antrag der Kärntner Landesregierung durch das erwähnte Erkenntnis des VfGH aus formalen Gründen aufgehoben; in manchen inhaltlichen Grundzügen bestimmt es die staatliche Tätigkeit im Bereich der Erwachsenenbildung bis heute mit.

<sup>3</sup> Otto Glöckel (1874–1935), sozialdemokratischer Politiker und Schulreformer, 1918–1920 Unterstaatssekretär für Unterricht.

<sup>4</sup> Der Landesreferent führte seit 1927 die Bezeichnung „Bundesstaatlicher Volksbildungsreferent für Oberösterreich“, so Adalbert Depiny, Freie Volksbildung in Oberösterreich, in: Volksbildung, Jg. 1928, herausgegeben von der Volksbildungsstelle im Bundesministerium für Unterricht, S. 321. – Seit der Erlassung des „Bundesgesetzes über die Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens aus Bundesmitteln“ vom 21. März 1973 „Leiter der Förderungsstelle des Bundes für Erwachsenenbildung“ genannt; die frühere Bezeichnung wird aber auch heute noch weithin verwendet.

<sup>5</sup> Martha Khil, Adalbert Depiny/Ein Lebensbild, in: ÖÖ. Heimatblätter, Jg. 1, 1947, S. 2 ff.; der Volksbildner S. 10 ff.

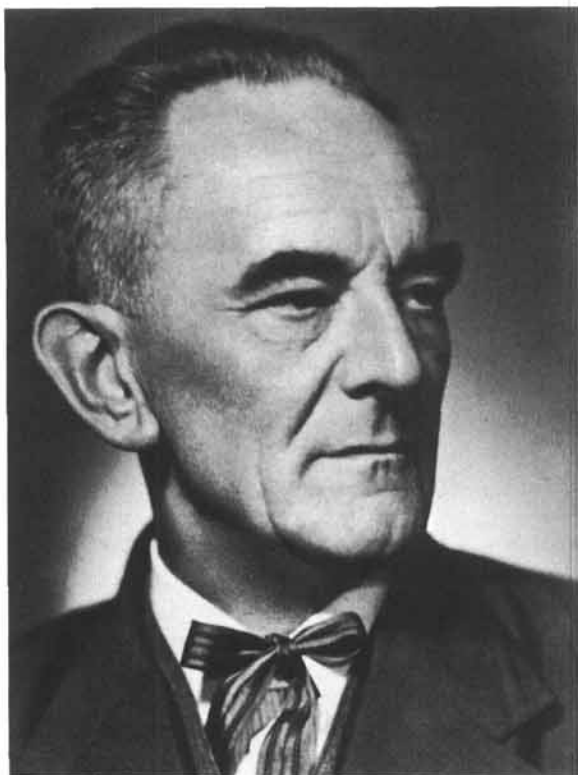
<sup>6</sup> Hans Commenda, Erinnerungen eines Linzer Volksbildners, in: Schriftenreihe des ÖÖ. Volksbildungswerkes, Band 10, Linz 1961, S. 9.

<sup>7</sup> Zehn Jahre Oberösterreichisches Volksbildungswerk, in: Schriftenreihe wie Anm. 6, Band 5, S. 20, und Biographische Mitteilungen zur österreichischen Erwachsenenbildung, hrsg. vom Institut für Erwachsenenbildung (Heft I), Salzburg 1965, S. 8.

aber am Gemeinwohl orientierten Gesamtordnung des Volksbildungswesens – ein Problem, heute noch so aktuell, wie in der Zeit, die im folgenden dargestellt wird.<sup>8</sup>

### Zum Biographischen

Der am 1. September 1885 in Johannestal bei Reichenberg (Böhmen) geborene Wilhelm Gärtner war, als er in Linz den Landesverband zur Förderung der Volksbildung gründete, durch seinen bisherigen Lebensgang in Studium und Beruf und durch seine volksbildnerische Tätigkeit reich ausgewiesen und weithin bekannt. Er hatte in Reichenberg das Humanistische Gymnasium besucht, 1904–1909 an den Universitäten Prag und Zürich studiert, 1909 die Lehramtsprüfung für Deutsch im Hauptfach, Latein und Griechisch im Nebenfach abgelegt und war 1910 zum Dr. phil. promoviert worden. Seine akademischen Lehrer waren fast ausnahmslos Persönlichkeiten und Wissenschaftler von großem Format; so die Germanisten August Sauer und Carl von Kraus, der Philosoph Anton Marty, die Gestaltpsychologen und Pädagogen Alois Höfler und Christian von Ehrenfels, der Nationalökonom und Kulturosoziologe Alfred Weber, der Historiker Heinrich Swoboda, der Kunsthistoriker H. A. Schmid.<sup>9</sup> Von 1909–1916 war er Professor am Staatsgymnasium in Ried i. L., 1916–1919 am Staatsgymnasium Linz, 1919–1945 am Realgymnasium Linz, zeitweise als dessen Direktor. Verwendungszeugnisse heben sein lebhaftes Interesse für pädagogisch-didaktische Fragen, sein Bestreben, den Unterricht so anschaulich und anregend als möglich zu gestalten, sein reiches und gediegenes Wissen, seinen klaren, in faßlicher Form und in schöner, ausdrucksvoller Sprache gegebenen Unterricht, die Mitarbeit der Schüler und die Konzentration des Unterrichtes hervor; seinen taktvollen und ernsten Umgang mit den Schülern, seine gerechte Beurteilung ihrer Leistungen.<sup>10</sup> „Ein strenger Lehrer, ein begeistern-der Interpret hoher Dichtung, ein Wegweiser zum Reich des Geistes und endlich auch ein väterlicher Freund . . ., der jeden zum Besten anspornte, dessen er fähig war . . . zart im Empfinden, hart im Fordern, konnte er mit einem einzigen Aufblitzen des Auges alles unnütz Wuchernde beschneiden und dennoch befeuern . . .“ – so zeichnet ihn einer seiner besten Schüler<sup>11</sup>. Altbürgermeister *Ernst Koref*, der mit dem Volksbildner Gärtner eng zusammengearbeitet hat, schreibt: „Gärtner war eine ungewöhnliche, starke, fesselnde Persönlichkeit. Bei Beginn meiner eigenen Lehrtätigkeit (Anfang



1919) war er mir, das möchte ich mit Nachdruck sagen, ein nachahmenswertes Vorbild. Er machte auf mich vor allem auch infolge seines umfassenden Wissens – nicht nur in seinen Fächern, sondern weit darüber hinaus – einen starken Eindruck. Von seinen Schülern, die ihn aufrichtig verehrten, weiß ich, daß er in seinen Literaturvorträgen weit über das normale Lehrplanausmaß hinaus Kunstbetrachtungen und Kunstgeschichte einbezog und so das Interesse der Jugend zu gewinnen vermochte, wie selten ein Berufskollege. Er genoß infolge seines psychologischen Einfühlungsvermögens auch deren ehrliche Zuneigung; was die sogenannte ‚Disziplin‘

<sup>8</sup> Zu „Sachförderung ohne Sachbeeinflussung“ vgl. Vorwort des Bundesministers Dr. Theodor Piffl-Percevic, in: *Seifert/Wenisch*, wie Anm. 2.– Zu „einer rechtlichen Regelung, die sich nicht auf die Förderungstätigkeit staatlicher Organe beschränkt“ vgl. Ernst Wenisch, Artikel Österreich, in: Walter Leirmann und Franz Pöggeler, *Erwachsenenbildung in fünf Kontinenten*, Handbuch der Erwachsenenbildung, Band 5, S. 100ff., S. 108.

<sup>9</sup> Handgeschriebener Lebenslauf ohne Datum; Standesausweis ex 1918 bzw. 1919, in: N; Biographisches Lexikon wie Anm. 1.

<sup>10</sup> Verwendungszeugnis der Direktion des k. k. Staatsgymnasiums in Ried vom 16. September 1910, in: N.

<sup>11</sup> Gedenkworte gesprochen von Univ.-Prof. Dr. Walter Hahland „Abschied von Wilhelm Gärtner“ (Linz, am 30. Juni 1952), in: N.

anbelangt, so wirkte er . . . durch sein persönliches Wesen . . .“<sup>12</sup>. 1913 hatte er in Ried sein eigenes Heim begründet<sup>13</sup>. „Äußere Hemmnisse hinderten ihn an der Habilitation, für die er, eingeladen von August Sauer, eine Schrift über Hebbels Jugenddramen verfaßt hatte . . . Er war ein Literaturhistoriker von hohem Rang, um den sich zu bemühen, für manche Universität eine Ehre gewesen wäre.“<sup>14</sup>

### Der Weg zur Volksbildung

Aber Gärtner war nie nur reiner Wissenschaftler. Er verstand sich selbst als einen, „dem aufgetragen war, das Erforschte im lebendigen Gespräch gegenwartsbezogen weiterzugeben . . .“<sup>15</sup>. Man hat ihn als einen Menschen charakterisiert, dem der „Trieb zum Menschen“ eingeboren war, in der „Suche nach den urmenschlichen Problemen“ – in Wissenschaft, Kunst, Religion; in der sozialen und ökonomischen Realität; in der individuellen Seelen- und Charakterkunde; in Familie, Nachbarschaft, Heim und Heimat und in den umfassenderen Gemeinschaften des Volkes, der Völker, der Menschheit – und dies alles nicht nur gegenüber der jüngeren Generation, obwohl sie ihm besonders nahestand, weil er „wie nur wenige wußte, wieviel Adel und hohe Anlage in jungen Menschen unter der drückenden Not des Tages erstickt werden kann, wenn ihnen keine Hilfe geboten wird“<sup>16</sup>. Gärtners pädagogischer Eros, an Wilhelm Dilthey und Georg Kerschensteiner sich orientierend, war umfassend und trieb ihn wie von selbst in die Volksbildung. Zwei weitere existentiell bedeutsame Motive seines Wirkens müssen noch hervorgehoben werden. Das eine ist die intensiv erfahrene und durchlittene nationale und soziale Problematik; das andere – eng mit dem ersten verbunden – die tief erlebte Spannung des Verhältnisses von nordböhmischer Geburtsheimat und oberösterreichischer Wahlheimat. Seine Geburtsheimat, ein Land „nationaler und sozialer Spannungen und Notstände“, hatte ihn für immer geprägt. „Von Haus her den Volksschichten entstammend, die das tägliche Brot oft genug mit Tränen aßen – sein Vater war Handwerker, Tischler gewesen – umgeben von der Not der Weber und Heimarbeiter, von den sozialen Gärungen, mit denen sich die Geburt des neuen Jahrhunderts anmeldete, war sein Blick scharf und sein Ohr hellhörig geworden für die neuen Zeichen der Zeit.“<sup>17</sup> Diese Sensibilisierung durchdrang das Doppelverhältnis zur Wirklichkeit „Heimat“, zur Geburtsheimat mit ihren unverlierbaren Grunderfahrungen und zur neuen Lebensheimat, dem

Land Oberösterreich, das er liebte, wo er seine Familie hatte, wo er beruflich und bald auch im öffentlichen Bereich wirkte. Aber sein Verhältnis zu Oberösterreich war nie frei von Spannungen, ja von kritischer Distanz; zu oft erfuhr er den Zusammenstoß idealer Zielvorstellungen mit der ernüchternden Härte der Realität, der er aber nicht auswich; mit manchmal als beengend empfundenem Provinzialismus; er erlebte auch das Nicht-angenommen-Werden – und so war er zutiefst ein einsamer Mensch. Seiner Geburtsheimat blieb er zeitlebens verbunden, verbrachte fast jeden Sommer dort und trug schwer an dem Schicksal, das 1945 über das Sudetenland hereinbrach. Seine neue Heimat mit den beiden Brennpunkten Ried und Linz hat er bald genau gekannt; es ist erstaunlich, wie schnell und wie gründlich er das Innviertel bis in Details erfaßt, wie er sich diese Heimat erwandert und die Eigenart ihrer Menschen, seiner Mitmenschen und neuen Mitbürger studiert, mit ihnen zusammengearbeitet und sich auseinandergesetzt hat. Und hier begann bald sein volksbildnerisches Wirken – in Zusammenarbeit mit Msgre. Hofrat Dr. Franz Berger (Ried i. I.), im kritischen Kontakt mit Dr. Eduard Kriechbaum (Braunau). Am Anfang stehen volks- und heimatkundliche Forschungen. Mit Dr. Berger gründete er schon 1910 das Museum für die Stadt und den Bezirk Ried und die oberösterreichische Heimatbewegung; mit Berger gemeinsam (später allein) gab er die „Innviertler Heimatkunde“ und den „Innviertler Heimatkalendar“ heraus. 1914 wurde er Viertelreferent für den Bezirk Ried des ministeriellen Referates „Das österreichische Volkslied“, 1914 korrespondierendes Mitglied, 1917–1920 Konservator der Kommission für Denkmalpflege.<sup>18</sup> Außer landes- und heimatkundlichen Arbeiten und Studien veröffentlichte er in dieser Rieder Zeit drei Programm- bzw. Flugschriften, in denen sich eine umfassendere Theorie der Volksbildung unter Einschluß des Heimatgedankens ankündigt, die er später weiter ausgebaut und vertieft hat: Die Flugschrift „Das Bauwesen im

<sup>12</sup> Ernst Koref in einem Schreiben an den Verfasser des Beitrages, Linz, August 1974.

<sup>13</sup> Gärtner heiratete am 23. März 1913 Hilde Wetzelsberger (Ried i. I.), in: Standesausweis, wie Anm. 9.

<sup>14</sup> Hahland, Gedenkworte, wie Anm. 11.

<sup>15</sup> a. O.

<sup>16</sup> a. O.

<sup>17</sup> a. O.

<sup>18</sup> Maschineschriebene Übersicht über wichtige Daten der volksbildnerischen Tätigkeit; Standesausweis ex 1918/1919; Biographisches Lexikon, wie Anm. 1, in: N.

Innviertel“ (1915)<sup>19</sup>; die grundlegende Schrift „Die Heimatbewegung in Oberösterreich. Ein Beitrag zur Frage der Volksbildung“ (1914)<sup>20</sup>; und schließlich den programmatischen Artikel „Volksbildung nach dem Krieg“ (1916)<sup>21</sup>.

Diese Veröffentlichungen können hier nicht im einzelnen dargestellt und analysiert werden. Es seien nur einige Grundgedanken herausgehoben. Einerseits knüpft Gärtner an vorhandene, zum Teil ins 19. Jahrhundert zurückreichende Volksbildungseinrichtungen und -bestrebungen an; vor allem an den Oberösterreichischen Volksbildungsverein, an den Verein für Heimatschutz u. a. Worauf es ihm aber ankommt, ist eine durchgehende Neuordnung, „Plan und Sinn“ wie er sagt. Dies soll erreicht werden durch

die Schaffung von Zentralstellen, angefangen von der Vereinigung gleichstrebender Gruppen in einem Orte bis zu deren Vereinigung im ganzen Lande und die Schaffung einer innersten Stelle für das deutsche Sprachgebiet Österreichs . . . Der leitende Grundsatz müßte immer sein, aus dem blinden Zufall eine planmäßige lichtvolle Ordnung zu schaffen und unserem Volke die Bahn zu zeigen zu freier Entwicklung, zu geistiger Reife<sup>22</sup>.

Man kann in diesem Vorschlag unschwer die regional orientierte Grundstruktur erkennen, die später das Regulativ für die Organisierung des Volksbildungswesens – allerdings in umgekehrter Reihenfolge – formuliert hat: Deutschösterreichisches Volksbildungsamt als Zentralstelle, Landesreferenten für das Volksbildungswesen und Bildungsräte (Ortsbildungsräte, Kreisbildungsräte, Landesbildungsräte usw.).<sup>23</sup> Auf lang durchdachte organisatorische Vorstellungen gestützt, hatte Gärtner eine gedanklich gut gesicherte Ausgangsbasis für die kritischen Einwände – bei prinzipieller Zustimmung –, die zu formulieren er bald Gelegenheit erhalten sollte. Für Oberösterreich aber schlägt er vor:

Fort mit aller Eigenbrödelei! Wir brauchen eine Vereinigung aller Verbände, die volkserzieherisch wirken wollen. Ein Ausschuß, gebildet von diesen Verbänden . . . möge gebildet werden, der . . . schon jetzt an der Aufstellung eines Planes arbeiten möge, der nach dem Krieg befolgt werden soll. Meiner Meinung nach wäre gerade der Volksbildungsverein dazu berufen, den Anstoß dazu zu geben. Er bekennt sich ja schon in seinem Namen zu einem Programm. Nur so werden wir unsere Ziele näher kommen . . .<sup>24</sup>

Ich kann in dieser Studie nicht die Fülle von Bildungsinhalten und Motivationen darstellen, die Gärtner innerhalb dieses vorgedachten organisatorischen Rahmens entwickelt. Einer der

Schwerpunkte, der schon in der Rieder Zeit immer klarer hervortritt, ist das neue Verhältnis von Heimat und Bildung – in bisweilen scharf pointierter Kritik einer bloß wissensvermittelnden traditionalistischen Pflege, oder bloß äußerlicher Wiederbelebung alter Bräuche, die entweder psychologisch unmöglich oder gegenüber dem Ernst der Verhältnisse als Spielerei, als Verkennerung der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben erscheint. Heimat ist ihm Veranlassung und Lebensraum zu intensivem geistig-seelischen Leben; zu wirklichkeitsbejahendem Arbeiten und Schaffen. Es geht ihm um die Ausweitung zu einer umfassenden Lebensbewegung in der Gesellschaft; schließlich um die Erkenntnis – und darin spiegelt sich die biographisch mitbedingte Spannung zwischen Geburts- und Wahlheimat – daß man nicht nur Heimat hat, sondern, durch seine Arbeit als Leistung für die Gemeinschaft, auch Heimat schaffen hilft . . .

Von hier aus . . . gehen die Fäden in den wirtschaftlichen Alltag, z. B. wenn Erwerbsverhältnisse, Bodenreform, Landflucht, ländliche Wohlfahrtspflege in diesem Arbeitsgebiet auftauchen . . .<sup>25</sup>

Unser Zeitalter ist unter anderem bestimmt durch die Revolutionierung aller Siedel- und Wohnverhältnisse durch die ihrerseits durch den Kapitalismus erzeugte, durch die moderne Technik ermöglichte ständige große Binnenwanderung in unserem und in allen westeuropäischen Ländern mit ihren Folgen: der Entfremdung vom Nachbarn, dem Ersetzen menschlicher Beziehungen durch amtlich-bürokratische, der Heimlosigkeit, dem wirtschaftlichen und Wohnelend, der Kriegserklärung zwischen Unternehmer- und Arbeitertum, dem Ausschluß großer Massen von politischen Rechten und politischer Verantwortlichkeit in der Gemeinde . . . Alles Ringen um eine neue Kultur, alle Gedanken wie Ausdruckskultur, Sozialreform, Hei-

<sup>19</sup> Das Bauwesen im Innviertel, 2. Flugschrift des Landesvereins für Heimatschutz in Oberösterreich, Braunau am Inn, 1915, 19 Seiten.

<sup>20</sup> Die Heimatbewegung in Oberösterreich. Ein Beitrag zur Frage der Volksbildung, in: Deutsche Arbeit, Monatschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen, 13. Jg., 5. Heft, 1914, S. 281ff.

<sup>21</sup> Volksbildung nach dem Kriege, in: Deutsche Arbeit, 16. Jg., Heft 5.

<sup>22</sup> a. O.

<sup>23</sup> Seifert/Wenisch, op. cit. S. 104.

<sup>24</sup> In: Volksbildung nach dem Kriege, wie Anm. 21. In dem Anm. 20 zitierten Artikel würdigt er kritisch Stand und Leistung des 1872 gegründeten, im Jahre 1914 6766 Mitglieder in 50 Ortsgruppen zählenden ÖÖ. Volksbildungsvereins, dem 100 Büchereien mit 37.000 Bänden angeschlossen waren.

<sup>25</sup> Die Heimatbewegung in Oberösterreich, wie Anm. 20, S. 282.

matschutz, *Volksbildung* nehmen von hier ihren Ausgang . . .<sup>26</sup>

*Arbeiterbildung* wird für ihn zu einer Kernfrage einer neuen Volksbildung<sup>27</sup>; eine Forderung, die in den Erfahrungen seiner Geburtsheimat wurzelt, in „Grunderlebnissen“, die „Gärtners Wesen erfüllten und die ihm die feinfühligste, allen menschlichen Notständen offene Art und den mächtigen Trieb zum Wirken“ gaben.<sup>28</sup> Dazu sollte er bald eine besondere Chance bekommen.

### Gründung des Landesverbandes zur Förderung der Volksbildung in Oberösterreich

Die Initiative ging von Gärtner aus. Sie erfolgte in einem besonders kritischen historischen Moment. Im Spätherbst 1918 war es in der Folge des militärischen und politischen Zusammenbruchs und des Zerfalls der Monarchie auch im Lande Österreich ob der Enns zu chaotischen, nur mühsam gebändigten Situationen gekommen; schwierigste Aufgaben für die „Provisorische Landesregierung“ unter der Führung von Landeshauptmann Prälat Hauser. Im November trat die „Provisorische Landesversammlung“ zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Trotz kritischer Ernährungslage, Konflikten an der neuen Nordgrenze zu der soeben entstandenen Tschechoslowakischen Republik, Arbeiterdemonstrationen, Plünderungen, Verhängung des Standrechtes in Linz, der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, von Bauern- und Mittelstandsräten wird sich die Vermutung durchsetzen, „daß die bisher stabilen politischen Verhältnisse im Land wohl geändert, kaum aber radikal umgestaltet werden“<sup>29</sup>. „Trotz Chaos ein neues Selbstbewußtsein der Länder“ – so formuliert es Slapnicka in seiner Zeitgeschichte Oberösterreichs<sup>30</sup>. In dieser Situation beginnt Gärtner seine Gründung. Dazu bemerkt Ernst Koref: „Daß Gärtner bei seiner ihm angeborenen Hinneigung zum Humanismus und dessen Idealen auch der geeignete Mann für die gerade nach 1918 lebendig gewordenen *Volksbildungstendenzen* war, bedarf nicht erst der besonderen Betonung. Auch auf diesem, für eine gesunde demokratische Entwicklung so überaus wichtigen Sektor war er unermüdlich tätig . . .“<sup>31</sup> Volksbildung im Sinne einer politischen und sozialen Volkserziehung,

Hilfe im Kampfe nicht um die Existenz allein, sondern eine wertvolle, menschenwürdige Existenz und eine gesunde Entwicklung . . .

so hatte er vor kurzem gefordert. Nun war die Zeit zum Handeln gekommen.<sup>32</sup> Als Obmann

des Vereines „Mittelschule“ in Oberösterreich und Salzburg lud er für den 22. Dezember 1918, 10 Uhr vormittags, im Konferenzzimmer des Staatsgymnasiums (Spittelwiese)

alle jene Vereine, die sich bisher mit Volksbildungsarbeit beschäftigt haben oder ihrem Wesen nach damit beschäftigen könnten

zu einer Besprechung ein.

Die Zeitumstände erfordern dringend ein kraftvolles Einsetzen der *Volksbildungsarbeit*. Nicht nur, daß in den langen Kriegsjahren die Grundlage der allgemeinen Volksbildung, das Schulwesen, ungeheuer gelitten hat; nicht nur, daß das freie Volksbildungswesen während des Krieges nicht einmal in der alten Weise weiter gepflegt werden konnte; nicht nur, daß ein Hauptmerkmal eines Kulturstaates, den wir doch schaffen wollen, die Höhe und Tiefe der Volksbildung ist; das innere Gedeihen dieses neuen Staates, der innere und äußere Wiederaufbau unseres Volkskörpers wird ganz wesentlich abhängen von einer verständnisvollen Teilnahme der großen Schichten des Volkes an den großen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft. Diese aber wird nicht vorhanden sein können ohne eine ganz neue, vertiefte Bildung aller Schichten. – Voraussetzung einer erfolgreichen Tätigkeit ist eine *planmäßige*, vom Gefühl der *Verantwortlichkeit* getragene *Organisation* dieser Bestrebungen . . .<sup>33</sup>

Gärtner hat sich um eine breitestmögliche Ausgangsbasis bemüht; eine sorgfältig gegliederte Liste der einzuladenden Vereinigungen und Gruppen, insgesamt 59, bezeugt diese Absicht. Der Volksbildungsgedanke, wie er ihm vorschwebte, sollte in den verschiedenen Vereinigungen und Gruppen wirksam werden, sie durchdringen und von ihnen gemeinsam getragen werden – überparteilich und überkonfessionell, für Frauen, Männer und Heranwachsende,

<sup>26</sup> Wilhelm Gärtner, *Heimaterlebnis und Volksbildung*, in: *Volksbildung*, 3. Jg., S. 226 ff., S. 228; z. T. in kritischer Auseinandersetzung mit Eduard Kriechbaum.

<sup>27</sup> Gärtner behandelt das für ihn brennende Problem in verschiedenen Beiträgen, z. T. in der Zeitschrift des Unterrichtsministeriums „*Volksbildung*“. In einem Brief vom 10. April 1925 bittet ihn der Referent in der Zentralstelle Dr. Heinz Kindermann, in einem dem Familienproblem der „*Volksbildung*“ gewidmeten Heft „den Arbeiteraufsatz zu schreiben. Sie sind ja der einzige Fachmann auf diesem Gebiete, der keine Scheuklappen hat . . .“ In: N.

<sup>28</sup> Hahland, *Gedenkworte*, wie Anm. 11.

<sup>29</sup> Harry Slapnicka, *Von Hauser bis Eigruber. Eine Zeitgeschichte Oberösterreichs*, Band 1. Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 1, hrsg. vom ÖÖ. Landesarchiv, Linz 1974, S. 16 ff.

<sup>30</sup> a. O., S. 14.

<sup>31</sup> In der Anm. 12 zitierten Schreiben Korefs.

<sup>32</sup> Wie Anm. 21.

<sup>33</sup> Verband zur Förderung der Volksbildung in Oberösterreich, *Mappe Sitzungen, Rundschreiben Gärtners*, Linz, Dezember 1918, in: N.

in allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus wirkend, geistig-seelische und körperlich-sportliche Erziehung und Ertüchtigung umfassend, die Träger besonderer sozialer Aufgaben in einer höchst unkonventionellen Weise einbeziehend, so z. B. die Krankenkassen, die Jugendwohlfahrtspflege u. a.<sup>34</sup>. Auf diesem Weg wollte er mit einer „ganz neuen, vertieften Bildung aller Schichten“ beginnen; denn in der Gesellschaft der Zukunft sind alle der Bildung bedürftig.

Von den eingeladenen 59 Vereinigungen kommen 24 zur „Beratung über die Organisation des Volksbildungswesens in Oberösterreich“<sup>35</sup>, Gärtner führt den Vorsitz. Er

berichtet über die Bestrebungen, das Volksbildungswesen in Deutschösterreich zu organisieren. Nach einer Charakteristik der heutigen Auffassung von Volksbildung und Volkserziehung legt er der Versammlung einen Plan zur Gründung eines Verbandes zur Förderung der Volksbildung in Oberösterreich vor –

begründet den Namen des Verbandes, Zweck und Art seiner Tätigkeit, die unter anderem

Vermittlung mit gleichartigen Organisationen anderer Staatsgebiete, mit der zentralen Organisation des Volksbildungswesens, mit dem Staatsamte für Unterricht und anderen Behörden und die Zusammenfassung gleichartiger Bestrebungen für die einzelnen Orte zum Ziel hat, weiters Veranstaltung von Tagungen über Fragen der Volksbildung, Vortragsvermittlung, Vermittlung mit den zu schaffenden Zentralstellen für das Volksbüchereiwesen, Sammlung von Lehrmitteln, Filmen, Zeitschriften und Schriften über Volksbildungsfragen, Förderung aller übrigen von einer Zentralstelle zu schaffenden Einrichtungen (Wanderlehrer, Wanderbühnen, Wanderausstellungen . . .).

Der Zweck des Verbandes ist

Anregung, planvolle Organisation, Förderung und Durchführung von Veranstaltungen im Dienste der Volkserziehung und Volksbildung, im besonderen also:

1. der Veranstaltung von Vorträgen, Kursen, Exkursionen, Führungen in Sammlungen u. dgl.;
2. der Veranstaltung geselliger Zusammenkünfte zur Pflege der Kunst;
3. der Errichtung neuer und Ausgestaltung sowie Unterstützung bestehender Volksbüchereien und Lesehallen;
4. der Herausgabe volkstümlicher Druckschriften;
5. der Errichtung von Volkshäusern in Stadt und Land (Volkshochschulen), von Schulen und ähnlichen Anstalten;
6. der Errichtung von Regionalmuseen.<sup>36</sup>

Auf Wunsch des Herrn Reg.-Rats Commenda wird unter die Zwecke des Verbandes auch die Förderung der körperlichen Ertüchtigung des Volkes aufgenommen.

– Reg.-Rat Commenda betont, der Verband dürfe nicht einseitig einer Partei dienen, sondern müsse von vornherein jede parteimäßige Betätigung ausschließen.<sup>37</sup>

Insgesamt handelt es sich um ein eindrucksvolles Instrumentarium, das eingesetzt werden sollte; die Kooperation der Träger war eines der erklärten Ziele; über das Land Oberösterreich hinaus wurde die Zusammenarbeit mit „anderen Staatsgebieten“ angestrebt. – Ähnliche Wege wurden bei der Neuorganisation des Volksbildungswesens nach 1945 – mit mehr Erfolg – beschritten. Insofern ist die Konzeption Gärtners überaus „modern“; viele seiner Gedanken konnten überhaupt erst nach 1945, unter günstigeren historischen Bedingungen, realisiert werden. – In der erwähnten Vorbesprechung wurde ein fünf Personen umfassender Arbeitsausschuß zur Ausarbeitung der Satzungen gewählt, denen der Entwurf zugrunde liegt<sup>38</sup>. Dieser Ausschuß trat am 3. Jänner 1919 in der Mädchenschule Schützenstraße zusammen, nahm den Gärtnerschen Satzungsentwurf an und beschloß, ihn der für 19. Jänner einberufenen „Gründenden Versammlung“ des Verbandes vorzulegen, einen Wahlausschuß zu bilden und die Durchführung

<sup>34</sup> In: N, Mappe Sitzungen, Beilage B.

<sup>35</sup> In: N, Mappe Sitzungen, Teilnehmerverzeichnis, Liste der Organisationen und ihrer persönlichen Vertreter. – An der Beratung über die Organisation des Volksbildungswesens in Oberösterreich nahmen der Katholische Schulverein und der Katholische Volksbildungsverein teil, die später (mit Schreiben vom 17. Jänner 1919) eine Beteiligung an der vorgeschlagenen Organisation des Volksbildungswesens ablehnten. Von sozialdemokratischer Seite waren die „Freie Jugendorganisation“ (Verband der jugendlichen Arbeiter) und der Bildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei anwesend. Ernst Koref schrieb dem Verfasser am 31. Mai 1974: „Als ich bald die politische Tribüne betrat und vor allem auf dem Bildungssektor meiner Partei (Landesbildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs, dessen Obmann ich in den frühen Zwanzigerjahren wurde), eine eifrige Tätigkeit entfaltete, spornte mich Kollege Dr. Gärtner, der uns doch einigermaßen nahestand, sehr an und gab mir viele Anregungen. Er hielt – später dann als Volksbildungsreferent – zahllose literarische Vorträge und wurde sozusagen zu einem (ausserpolitischen) kulturellen Mittelpunkt von Linz . . .“ Hingegen gelang es Gärtner offenbar nie, Kontakte zu den katholischen Organisationen anzuknüpfen, die ihm von Anfang an reserviert gegenüberstanden. Als Landesreferent überließ er diese Aufgabe seinem Kollegen Dr. Depiny. Gärtner berichtet am 3. Juli 1921 an das Volksbildungsamt, daß „die christlichsozialen Vereinigungen von Kollegen Depiny angegangen“ wurden (in: N, Mappe Tätigkeitsberichte).

<sup>36</sup> Verhandlungsschrift über die Beratung der Organisation des Volksbildungswesens in OO. und Beilage A (Grundzüge für die Satzungen), in: N, Mappe Sitzungen.

<sup>37</sup> a. O., Verhandlungsschrift, Ziffer I und IV.

<sup>38</sup> a. O., Verhandlungsschrift, Ziffer I.

von Werbeversammlungen zur Gründung von Ortsausschüssen, die Vorbereitung einer Tagung des Volksbildungswesens in Oberösterreich, die Bildung von Sonderausschüssen für Organisation, Statistik, für Kurse und Vorträge, Büchereien und Jugendbüchereien, für Kunst, für Volksheime und Lesehallen, die Herausgabe eines volkstümlichen Kalenders (nach Art des Innviertler Heimatkalenders), schließlich die Anlage eines Verzeichnisses der bestehenden Volksbüchereien, der Lehrmittel im Besitz der Vereine und der Vortragenden vorzuschlagen.<sup>39</sup> – Bei der Gründungsversammlung (19. Jänner, Staatsgymnasium Linz) mußte Gärtner schon eingangs von einer ersten Enttäuschung berichten: Mit Schreiben vom 17. Jänner hätten die katholischen Vereine erklärt, „an der Organisation des Volksbildungswesens auf konfessioneller Grundlage festzuhalten und daher die Beteiligung an der von Prof. Dr. W. Gärtner in der Besprechung vom 22. Dezember 1918 angeregten Organisation des Volksbildungswesens abzulehnen“. Gärtner stellte daraufhin die Frage,

ob trotz dieser Absage an dem Plane der Organisation des Volksbildungswesens festzuhalten oder ob er aufzugeben sei; das letztere sei vorzuziehen, wenn nicht die verbleibenden Vereine entschlossen seien, sich zu wirklicher gemeinsamer Arbeit zu verbinden.

Es wurde einstimmig beschlossen, „an dem Plane festzuhalten und einen Verband zur Förderung der Volksbildung in Oberösterreich zu gründen“. Die Satzungen wurden mit geringfügigen Änderungen angenommen. Sie fassen das Gärtnersche Programm zusammen, regeln die Mitgliedschaft, die Leitung und die Vereinsorgane. Mitglieder können „jene deutschen Körperschaften und Vereinigungen in Oberösterreich werden, welche auf dem Gebiet der Volksbildung tätig sind oder sich die Förderung des Volkswohles zur Aufgabe gestellt haben“. Deutlich kommt die soziale Komponente zum Ausdruck – „Förderung des Volkswohles“ ist nach Gärtners Auffassung nicht von Volksbildung zu trennen. – Der Verband wird geleitet durch einen „Vertreterrat“ (je ein Vertreter der angeschlossenen Körperschaften und Vereinigungen) und einen „Arbeitsausschuß“ (12 auf 3 Jahre gewählte Mitglieder bei jährlichem Wechsel von einem Drittel dieser Mitglieder). Aus seiner Mitte werden der Vorsitzende und seine Stellvertreter gewählt.<sup>40</sup> Mit Bescheid der Provisorischen Landesregierung war die Bildung des Vereines „nicht untersagt“ worden.<sup>41</sup> Am 2. Februar 1919 fand die erste Sitzung des Vertreterrates statt. Über Vorschlag des Wahlausschusses wurde der Ar-

beitsausschuß, als sein Vorsitzender Dr. Wilhelm Gärtner und die übrigen Vereinsfunktionäre gewählt.<sup>42</sup> Zum Zeitpunkt der Gründung gehörten dem neuen Verband 28 Vereine an. In einer Presseaussendung heißt es:

... mehrere andere gedenken sich noch anzuschließen ... Zur Vorberatung der einzelnen Aufgaben des Verbandes wurden Sonderausschüsse eingesetzt ... Der Verband nimmt seine Tätigkeit schon in allernächster Zeit auf, indem er *Sonntagsaufführungen für die Jugend* von Linz und Urfahr veranstaltet (Kammermusik und Deklamation). Der Gedanke, eine öffentliche *Lesehalle* einzurichten, mußte vorläufig fallengelassen werden, da sich kein geeigneter Raum hierfür fand. – Soll der Verband der Erreichung seiner Ziele nahe kommen, dann bedarf er der ausgiebigen Unterstützung (und zwar nicht nur moralischer) aller jener, denen die Vertiefung der Volksbildung am Herzen liegt, die erkannt haben, daß unser Volk nur von innen heraus, durch Weckung aller geistigen Kräfte, die schweren Schicksalsschläge unserer Tage überwinden kann, die andererseits aber auch von der Richtigkeit des Wortes überzeugt sind: Reichtum verpflichtet ...!<sup>43</sup>

Damit waren die formalen Voraussetzungen für einen neuen Anfang geschaffen worden. In insgesamt 18 Sitzungen des Arbeitsausschusses und einiger Sonderausschüsse wurden Organisations-, Finanz-, Veranstaltungs- und Mitarbeiterprobleme beraten. Unter vielfältigen Schwierigkeiten versuchte der Verband einen Weg über Parteien und Weltanschauungen hinweg zu finden. Im letzten Sitzungsprotokoll vom 7. April 1921 wird festgestellt, „daß das Hauptziel ... die Erfassung *aller* Kreise nicht erreicht wurde, vielleicht überhaupt nur erreicht werden könne durch *getrennte* Veranstaltungen ...“<sup>44</sup>

<sup>39</sup> Verhandlungsschrift über die Sitzung des vorbereitenden Ausschusses, 3. Jänner 1919, in: N, Mappe Sitzungen.

<sup>40</sup> Sammlung von Verhandlungsschriften und Presseauschnitte, 3./Gründende Versammlung, 19. Jänner 1919, Ziffer I; das Original der Satzungen und einige gedruckte Exemplare in der Mappe Satzungen und Beitrittserklärungen, in: N.

<sup>41</sup> Verband, Mappe Satzungen und Beitrittserklärungen, Provisorische Landesregierung für Oberösterreich, Zl. 276/XI vom 27. Jänner 1919, in: N.

<sup>42</sup> Vertreterratssitzung, 2. Februar 1919, Ziffer II. Wahl des Arbeitsausschusses: Vorsitzender: Dr. Wilhelm Gärtner, Vorsitzende-Stellvertreter: Frau Charlotte Stecher-Albers und Oberstleutnant A. Schweigert, Schriftführer: Dr. R. Klug und Fachlehrerin M. Tlusty, Zahlmeister: Oberbaudrat K. Langthaler und Lehrer Josef Scherbant, Mitglieder: Dir. Emilie Hinghofer, Max Bruckschlöggl, Dr. Friedrich Jungwirth, Dr. Theodor Kerschner, Fachlehrer Karl Langoth, Fritz Lettner, Direktor Otto Nicolet, Dr. G. Stiefler, Dr. Hans Zötl. In: Mappe Sitzungen, N. – „Tagblatt“ vom 4. Februar 1919, a. O.

<sup>43</sup> „Tagblatt“ vom 4. Februar 1919, in: Mappe Sitzungen, N.

<sup>44</sup> Verhandlungsschriften des Arbeitsausschusses und der Sonderausschüsse, in: N.

## Die Entwicklung verlief anders

Rückschauend faßt *Depiny*, mit Gärtner gemeinsam Landesreferent – einen Tätigkeitsbericht Gärtners vor Ausscheiden aus dem Amt mitverarbeitend –, die Entwicklung des Verbandes in folgender Weise zusammen:

Der Verband suchte die auf dem Gebiet der Volkserziehung und Volkswohlfahrtspflege tätigen Vereinigungen zusammenzufassen, um eine politisch und weltanschaulich nicht gebundene und unabhängige theoretische und praktische Zentralstelle zu schaffen und die Volksbildungsarbeit zu beleben. Zum Teil gelang die Zusammenfassung und einige Ortsausschüsse waren schon in Vorbereitung, *da brachte das Regulativ des Unterrichtsministeriums vom 30. Juli 1919 andere Voraussetzungen* (Hervorhebungen vom Verf.); dazu kam das Zusammenschmelzen der materiellen Mittel in der Inflationszeit, *so daß die organisatorische Arbeit Ende 1919 wieder eingestellt wurde*. Die zweite Aufgabe, die sich der Verband gestellt hatte, konnte dagegen durchgeführt werden: unmittelbare Arbeit im Geiste der intensiven Bildungsbestrebungen. Von einem geschlossenen Arbeitsplane aus wurden in Linz Vorträge, Kurse und Arbeitsgemeinschaften gehalten, der amtlichen Berufsberatung wurde vorgearbeitet, besonders aber Musik gepflegt und durch Kammermusikveranstaltungen der Jugend die Möglichkeit künstlerischer Erziehung geboten. Diese volksbildnerische Tätigkeit des Verbandes dauerte bis 1922 und ging dann in die Arbeit der inzwischen geschaffenen Kunststelle beim Landesreferate über.<sup>45</sup>

Auch Gärtner berichtet, daß er, als mit dem Landesreferat eine amtliche Zentrale geschaffen wurde, die Tätigkeit des Verbandes einstellte, die geleisteten Vorarbeiten aber für das Landesreferat verwenden konnte. Deutlicher als *Depiny* formuliert er seinen Anteil an der Entwicklung „neuer Formen“; war er doch seinem ganzen Wesen nach längst ein Vertreter der sogenannten „Neuen Richtung“, der „gestaltenden“, „intensiven“, gegenüber der „verbreitenden“, „extensiven“ Volksbildung der Vorkriegszeit, von der er sich schon in den Jahren der Vorbereitung entschieden abgesetzt hatte:

Durch den Verband hatte ich auch schon die neuen Formen der Volksbildungsarbeit wenigstens in Linz bekannt gemacht: ich hatte eine neue Art der Musikpflege begonnen, hatte gegenüber den bisherigen Einzelvorträgen, soweit sie nicht während des Krieges eingeschlafen waren, die Kurse und Kursreihen eingeführt, hatte die Form der Arbeitsgemeinschaft begonnen . . .<sup>46</sup>

Er erwähnt den Plan für den Bau eines eigenen Volksbildungshauses, einen umfassenden Finanzierungsplan, die Aufbringung eines ansehnlichen Betrages und seine Vernichtung durch die

Inflation, die Bildung von Arbeitsstellen im Lande selbst. Dann folgt der kritische Satz:

Wäre das Landesreferat schon damals, *gleich nach Erlassung des Regulativs besetzt worden*, so hätte viel erreicht werden können. Aber durch die leidige Politik, die die Besetzung bis Herbst 1920 hinausschob, wurde die beste und empfänglichste Zeit verloren.<sup>47</sup>

Sowohl *Depiny* als auch Gärtner bringen zum Ausdruck, daß mit dem Regulativ und seiner Durchführung zunächst Unsicherheit über den einzuschlagenden Weg entstand; ja, daß die Tätigkeit des Verbandes – Linz ausgenommen – eingestellt wurde<sup>48</sup>. Eindrucksvoll beschreibt Ernst Koref, wie in ihm und in anderen Zeitgenossen das „Bewußtsein einer Verantwortung gegenüber der in allen Fugen brodelnden und in allen Bereichen problematischen Gemeinschaft“ aufgebrochen sei<sup>49</sup>; und Gärtner bedauert, daß diese „beste und empfänglichste Zeit“ nicht genutzt werden konnte – weil die „leidige Politik“ die schnelle Durchführung des Regulativs, vor allem die Besetzung der Landesreferate hinausgezögert habe. Vielfältig waren in der Tat die Schwierigkeiten. „Von der Veranstaltung von Vorträgen wird mit Rücksicht auf die Wahlbewegung Abstand genommen“, heißt es schon im Protokoll der ersten Vertreteratssitzung im Februar 1919.<sup>50</sup> Die Wahlvorbereitungen für die ersten Nationalratswahlen (Februar 1919) und die ersten Landtagswahlen (Mai 1919) und eine Unzahl politischer Versammlungen während des Jahres 1919<sup>51</sup> ließen eine Vortragstätigkeit nicht aufkommen. Dazu kommt das Hervortreten der weltanschaulich-politischen Lager, die sich allmählich ihre eigenen Bildungseinrichtungen und die dazugehörigen Zentralstellen schufen. Dies

<sup>45</sup> Adalbert *Depiny*, Freie Volksbildung in Oberösterreich, in: Volksbildung, 8. Jg. (1928), S. 316 ff.

<sup>46</sup> Tätigkeitsüberblick Z. 1274/2. LROÜ/24/G. vom 31. Oktober 1924, in: Mappe Tätigkeitsberichte, N.

<sup>47</sup> In dem Anm. 44 zitierten Tätigkeitsüberblick.

<sup>48</sup> *Depiny* (a. O.) spricht von der Einstellung der organisatorischen Arbeit mit Ende des Jahres 1919. Gärtner schreibt, er habe die Verbandstätigkeit mit der Schaffung einer amtlichen Zentrale (Landesreferat) eingestellt. Allerdings berichtet er noch am 19. September 1921 an das Volksbildungsamt, daß „der Verband zur Förderung der Volksbildung in OÖ. in Verbindung mit den Ortsgruppen Linz und Urfahr des OÖ. Volksbildungsvereines und dem Landesbildungsausschuß der Arbeiterorganisationen . . . sein Programm . . . im allgemeinen durchgeführt“ habe und dankt für die Förderung seitens des Volksbildungsamtes. In: Mappe Tätigkeitsberichte, N.

<sup>49</sup> Ernst Koref, Die Gezeiten meines Lebens, Wien-München 1980, S. 71, 74.

<sup>50</sup> Protokoll der Vertreteratssitzung vom 2. Februar 1919, Ziffer V. In: Mappe Sitzungen, N.

<sup>51</sup> *Slapnicka*, op. cit., S. 23.

genauer darzustellen, muß einer gesonderten Studie vorbehalten bleiben. In unserem Zusammenhang interessiert vor allem die Auseinandersetzung um das Regulativ.

### Die Diskussion um das Glöckel-Regulativ

Entworfen von Dr. Heinz Kindermann, dem Referenten im Volksbildungsamt<sup>52</sup>, und erlassen am 30. Juli 1919, ist das Regulativ in drei Abschnitte gegliedert. Abschnitt I handelt vom „Deutschösterreichischen Volksbildungsamt“. In seinem ersten Satz wird festgestellt, daß dem Unterrichtsamt die oberste Leitung und Beaufsichtigung des gesamten Volksbildungswesens in Deutschösterreich zukomme. Die Agenden der Volksbildung werden von dem dem Unterrichtsamt unmittelbar nachgeordneten d.ö. Volksbildungsamte geführt. Zu Aufgaben des d.ö. Volksbildungsamtes werden erklärt: die Durchführung der Gesamtorganisation des Volksbildungswesens in Deutschösterreich und die Einflußnahme auf die Errichtung neuer Volksbildungseinrichtungen aller Art, Veranstaltung von Volksbildnerkursen, Errichtung von Volksbildungsauskunftsstellen, Herausgabe einer Zeitschrift für das Volksbildungswesen u.a.m. Abschnitt II handelt von den „Landesreferenten für das Volksbildungswesen“. Hier wird angeordnet, daß am Sitze jedes Landesschulrates ein auf dem Gebiet des Volksbildungswesens erfahrener Fachmann vom Volksbildungsamt als Landesreferent für das Volksbildungswesen bestellt wird. Der Landesreferent führt im Lande die für den Staat dem Volksbildungsamt zukommenden Agenden, er hat die Schaffung von örtlichen Bildungseinrichtungen anzuregen und einzuleiten, die bestmögliche Ausnützung aller bereits bestehenden Volksbildungseinrichtungen zu ermöglichen u.a.m. Abschnitt III – „Bildungsräte“ – beschäftigt sich mit den Ortsbildungsräten, den Kreisbildungsräten, den Landesbildungsräten, den Volksbildungsarbeitsgemeinschaften, dem d.ö. Volksbildungsrat und seinem Arbeitsausschuß; er regelt ihre Zusammensetzung, ihren Wirkungsbereich und die Grundsätze ihrer Geschäftsordnung.<sup>53</sup> Im Zusammenhang dieser Studie wird vor allem auf die Auseinandersetzung mit den in den Abschnitten I und III formulierten Prinzipien eingegangen; sie beleuchten das Problem Staat – Volksbildung, von dem eingangs die Rede war, besonders klar.

Das Regulativ wurde erlassen; es gab vorher keine Diskussion oder Begutachtung; die Sit-

zungsprotokolle lassen jedenfalls keinen Vorgang dieser Art erkennen. Nach Auffassung des Verfassungsgerichtshofes stellte „der Erlaß . . . im Zeitpunkt seiner Erlassung eine nicht in Gesetzesform ergangene generelle Rechtsnorm dar und (war) somit eine Verordnung“<sup>54</sup>. Als solche wurde das Regulativ auch verstanden und in mehreren Sitzungen des Arbeitsausschusses behandelt. Gärtner vertrat zunächst die Auffassung,

daß mit der vom Staat geplanten Organisation . . . der Plan des Verbandes, die Zentrale für die Volksbildungsbestrebungen in Oberösterreich zu schaffen, unmöglich geworden (sei).

Er empfahl daher die Auflösung des Verbandes. Nach gründlicher Diskussion anerkennt

der Ausschuß die Tatsache, daß der Verband aufzulösen sei, wenn die staatliche Organisation arbeitet, hält es aber für notwendig, bis dahin mit der Auflösung zuzuwarten . . .

Gärtner und mit ihm die Verbandsleitung waren offensichtlich der Ansicht, daß „die staatliche Organisation arbeitet“, also in irgendeiner Weise unmittelbar volksbildnerisch tätig werden würde; bis dahin müsse der Verband aber bestehen bleiben. Das ist die eine Seite des sich stellenden Problems. Die andere Seite kommt in den von Gärtner sofort formulierten „Bemerkungen“ zum Ausdruck, die am 18. August vom Ausschuß gebilligt wurden und die „mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Frage dem Unterrichtsamt vorzulegen“ sind<sup>55</sup>. Diese „an das deutschösterreichische Unterrichtsamt in Wien“ gerichtete Stellungnahme trägt im Entwurf das Datum vom 21. August. Es ist ein Text von grundsätzlicher und überaktueller Bedeutung:

Der Verband begrüßt das Erscheinen des Regulativs, das für die so wichtige Volksbildungsarbeit die staatliche Mitarbeit und Förderung festlegt, alle durch ihre Organisationen erfaßbaren Bevölkerungsschichten heranzieht, die Herausgabe einer Zeitschrift durch das Volksbildungsamt und die Schaffung der nötigen Mittelstellen durch die Arbeitsgemeinschaften vorsieht,

<sup>52</sup> Richard Szerelmes, Leopold Teufelsbauer und das bäuerliche Volksbildungsheim Hubertendorf, Beitrag für die International Biography of Adult Education, Nottingham. Kindermann ist später als Theaterwissenschaftler international bekannt geworden; mit Gärtner stand er in enger Verbindung.

<sup>53</sup> Ich folge der knappen Darstellung des Regulativs, die der Verfassungsgerichtshof seiner Entscheidung zugrundegelegt hat. In: Seifert/Wenisch, op. cit. S. 104 f.

<sup>54</sup> a. O. Abschnitt II, S. 105.

<sup>55</sup> Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses vom 19. August 1919, in: Verhandlungsschriften des Arbeitsausschusses, N.

mit der Einrichtung der Landesreferate und des Volksbildungsamtes wie andererseits mit der Aufstellung der Ortsbildungsräte und der Volksbildungsarbeitsgemeinschaften die *Arbeitsstellen* schafft (von Gärtner unterstrichen), denen dann die übrigen im Regulativ vorgesehenen Organisationen *beratend* zur Seite treten, und das endlich dadurch, daß dem Landesreferate amtlicher Charakter gegeben wird, die Möglichkeit zu schaffen versucht, wirklich alle Bestrebungen ohne Rücksicht auf Parteibekennnis zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen. Der Verband verhehlt nicht, daß dies bei der Verschärfung der politischen Gegensätze sehr schwer sein wird . . .<sup>56</sup>

Gärtner hat also angenommen, wie aus seinem Antrag auf Verbandsauflösung hervorgeht und aus der Hervorhebung der „Arbeitsstellen“ ersichtlich wird, daß das, worauf es ihm vor allem ankam, die Volksbildungsarbeit selbst, mit Hilfe der durch das Regulativ aufzubauenden Organisation vor sich gehen werde; daher seine positive Würdigung künftiger staatlicher Tätigkeit, in der das Prinzip der Beratung eine wichtige Rolle zu spielen hätte. Nichtsdestoweniger werden „wichtige Bedenken“ vorgebracht, die das Verhältnis von staatlicher Tätigkeit und freier Volksbildung berühren und die erkennen lassen, daß er sich auch der Problematik künftiger Beziehungen bewußt war. Sie richten sich vor allem gegen das im I. Abschnitt des Regulativs beanspruchte „Recht der Beaufsichtigung des gesamten Volksbildungswesens“.

Der Verband kann dieses Recht nur mit der Beschränkung anerkennen, daß dadurch *nicht der alte Grundsatz berührt wird, daß die Volksbildungsarbeit von Zwang und Reglementierung frei sein muß*. Beaufsichtigung könnte sich zwar erstrecken auf die mit öffentlichen Mitteln geschaffenen Einrichtungen selbst, auf die ordnungsgemäße Zusammensetzung der verschiedenen Räte und die Amtsführung der amtlichen Stellen, müßte sich aber, *was den Inhalt der Bildungsbestrebungen betrifft, darauf beschränken, sie beobachtend zu verfolgen, von schlecht gewählten Maßregeln abzuraten und auf bessere zu verweisen* (Hervorhebungen vom Verfasser).

Weitere Bedenken richten sich gegen die in Abschnitt III, Absatz 7, des Regulativs formulierten Aufgaben des Ortsbildungsrates. Aus eigener Erfahrung nimmt der Verband an, daß ihre Aufstellung schon an und für sich schwer sein werde, da der Wille zu gemeinsamer Arbeit (*und gerade auf dem Gebiet der Bildungsarbeit besteht das größte Mißtrauen der Parteien*) ziemlich gering ist. Die Art der Zusammensetzung der Räte schließt ja auch die Gefahr der Majorisierung durch eine Partei und damit das Hineintragen parteipolitischer Bestrebungen nicht aus.

Es wird kritisiert, daß das Regulativ den Wirkungskreis der Ortsbildungsräte nicht genau

umschreibt. Die Bestimmung, daß die Ortsbildungsräte die Volksbildungsarbeit praktisch durchführen, wird für unmöglich erklärt,

wenn das etwa heißen soll, daß nun nicht mehr die einzelnen Vereine Vorträge veranstalten, die Büchereien verwalten usw., sondern der Ortsbildungsrat. Keiner der bestehenden Vereine wird darauf eingehen. Was in dieser Hinsicht anzustreben und vielleicht auch zu erreichen ist, ist nur, daß der Ortsbildungsrat den Boden schafft, auf dem sich die Vereine zu *planmäßigem*, das Gegeneinander vermeidenden Vorgehen vereinigen . . .

Besonders kritisch wird die Formulierung von den Ortsbildungsräten zu *schaffende* Institutionen beurteilt, vor allem im Hinblick auf die Finanzierung. Lokale Geldmittel aufzubringen, bestehe wenig Aussicht. Das Regulativ scheine dies – an Wiener Verhältnissen sich orientierend – anzunehmen.

Da aber gerade in den Ländern, *und auf dem Lande intensive Bildungsarbeit nötig ist*, werden Staat und Land größere Mittel zur Verfügung stellen müssen, wenn etwas geleistet werden soll. Und schließlich wird dem Gedanken einer *Bildungssteuer* trotz unserer Lage nahe getreten werden müssen.

Weitere Bemerkungen betreffen den Mangel an finanzieller Vorsorge für die verschiedenen Räte (Kreisbildungsrat, Landesbildungsrat usw.), deren Arbeit, soll sie wirkungsvoll sein, Kosten verursacht . . .

ist es doch fast unmöglich, die Vertreter selbst für die Deckung ihrer Auslagen aufkommen zu lassen . . .

eine Feststellung, die trotz ihrer Selbstverständlichkeit, bis in unsere Tage immer noch eine gewisse Aktualität besitzt. – Schließlich wird auf die Schwierigkeit hingewiesen, in Oberösterreich einen Landesbildungsrat zu schaffen, da weder Hochschule noch Sekretariat bestehen.<sup>57</sup>

### Das Unterrichtsamt nimmt Stellung

Die fundierten Einwendungen des Verbandes wurden vom Unterrichtsamt schon am 12. September, also umgehend, beantwortet<sup>58</sup>. Nach einem Dank an den

Arbeitsausschuß des Verbandes dafür, daß er seine reichen praktischen Erfahrungen in den Dienst der Sache gestellt hat,

<sup>56</sup> Konzept „An das Deutschöstr. Unterrichtsamt in Wien“ vom 21. August 1919, in: N.

<sup>57</sup> a. O.

<sup>58</sup> Der Unterstaatssekretär für Unterricht Z. 19.038 – Abt. V. B. A. vom 12. September 1919, gezeichnet von Sekretionschef Heinz, in: N.

wird sofort – beruhigend – festgestellt, daß die in der Eingabe gemachten Einwendungen zum Teil auf Mißverständnissen beruhen,

die durch eine gleichsam authentische Interpretation des Regulativs durch das Ministerium selbst aufgeklärt werden sollen. Dies geschieht vor allem durch zwei Feststellungen, die dem Föderalismus und dem Freiheitsprinzip entgegenkommen:

Bei den gesamten geplanten Volksbildungsmaßnahmen sollen in allererster Linie die deutsch-österreichischen Länder bzw. Landbezirke berücksichtigt werden, da ja dort das meiste noch zu tun ist.

Und zur Beseitigung, besser zur Differenzierung des Haupteinwandes:

Der im Regulativ gebrauchte Ausdruck Beaufsichtigung bedeutet keineswegs die Einschränkung der Handlungsfreiheit der freien Volksbildungsinstitutionen, sondern er bezieht sich lediglich auf die vom Volksbildungsamt veranlaßten Volksbildungsangelegenheiten, sowie auf die Organisierung als solche. Den Veranstaltungen der freien Volksbildungsinstitutionen wird das Volksbildungsamt lediglich auf Wunsch beratend und helfend zur Seite stehen.

Das Prinzip der „freien Volksbildung“ wird also voll anerkannt, das Recht auf „Veranlassung“ von Volksbildungsangelegenheiten beansprucht, die dann auch der Beaufsichtigung unterliegen. Und noch einen Schritt weitergehend: die Beaufsichtigung erstreckt sich „auf die Organisierung als solche“. Bedenkt man, daß sich die ministerielle Verordnung selbst als „Regulativ für die Organisierung des Volksbildungswesens“ bezeichnet, dann erkennt man unschwer die eingangs erwähnte Dialektik zwischen „freier Volksbildung“ und der Anerkennung ihrer Freiheit durch den Staat; und dem staatlichen Anspruch auf eine Gesamtordnung und ihre Beaufsichtigung in ihrer gleichsam zeitüberdauernden Struktur. Gärtner hat mit den von ihm formulierten Einwendungen den Kern des Problems getroffen – der Unterstaatssekretär für Unterricht, in dessen Auftrag das Volksbildungsamt antwortete, hat die elementare Fragestellung sofort verstanden und aus seiner Sicht, am Anspruch festhaltend, ihn aber moderierend und differenzierend, Stellung bezogen.

Auch die Bedenken, die gegen die praktische Durchführung der Volksbildungsarbeit durch die Ortsbildungsräte erhoben wurden, werden beantwortet:

Die im Regulativ angedeutete praktische Durchführung von Volksbildungsarbeiten durch die Ortsbildungsräte schaltet weder die Tätigkeit der freien Volksbildung aus, noch ist eine parteipolitische Majo-

risierung zu befürchten, da sich die Tätigkeit der Ortsbildungsräte lediglich auf die Vermittlung neutraler Bildung zu erstrecken haben wird.

Die Zusicherung einer parteipolitisch nicht zu majorisierenden, vielmehr alle Kräfte aktivierenden Tätigkeit entspricht der Grundkonzeption des Regulativs, seinen Erläuterungen<sup>59</sup> und den Zielvorstellungen Otto Glöckels von einer Volksbildung, „die nicht nur den materiellen, sondern auch den ethischen Aufschwung und Neuaufbau zu verbürgen imstande“ ist<sup>60</sup>. Hingegen spricht aus dem Etikett „Vermittlung neutraler Bildung durch die Ortsbildungsräte“ ein inhaltlicher Normierungsgedanke aus der Sicht des Wiener Volkshochschulwesens, der bald durch das Vordringen der „Neuen Richtung“ relativiert wurde. Wie das Volksbildungsamt die bildungsvermittelnde Aufgabe der Ortsbildungsräte gesehen hat, die unter dem Etikett „neutral“ zusammengefaßt ist, erläutern einige Beispiele:

So wird es die Aufgabe der Ortsbildungsräte beispielsweise sein, landwirtschaftliche Kurse, wissenschaftliche Vortragszyklen, literarische und musikalische Veranstaltungen, Wanderausstellungen, Vorstellungen von Wandertheatern usw. zu vermitteln, um *durch volkspädagogische Kräftekonzentrierung den beteiligten Kreisen umso mehr bieten zu können* (Hervorhebungen vom Verfasser).<sup>61</sup>

Finanziell sollen die Ortsbildungsräte „nach Maßgabe der verfügbaren Mittel von Staat, Land und Gemeinde unterstützt werden“. Das Sekretariat des Landesbildungsrates könne allenfalls einer großen Vereinigung, z. B. dem Verband oder dem Oberösterreichischen Volksbildungsverein übertragen werden.<sup>62</sup>

Insgesamt wird man die Antwort des Unterrichtsamtes als eine ausgewogene Interpretation des Regulativs würdigen dürfen, die die konkrete Situation in Oberösterreich zu berücksichtigen versucht. Die Leitvorstellungen Glöckels werden noch deutlicher; das Gespräch ist eingeleitet, es wird auf den kommenden Volksbildnertagungen, deren erste 1920 in Braunau am Inn stattfand, auf breiterer Basis fortgesetzt werden<sup>63</sup>.

<sup>59</sup> Erläuterungen zum Regulativ für die Organisation des Volksbildungswesens in Deutschösterreich, in: *Volksbildung*, Jg. 1, Heft 1, S. 12.

<sup>60</sup> Otto Glöckel, Zum Geleit, in: *Volksbildung*, Jg. 1, Heft 1, S. 1.

<sup>61</sup> Wie Anm. 54.

<sup>62</sup> a. O.

<sup>63</sup> Rückblickend schreibt *Depiny* 1928 (loc. cit., vgl. Anm. 45, S. 321): „Die im Regulativ vorgesehene Zusammenfassung der volksbildnerischen Kräfte in Form von Ortsbildungsräten wurde versucht, erwies sich aber für die oberösterreichischen Verhältnisse als ungeeignet. An die Stelle

Linz, 3. Nov. 1919.

An das Deutschöstr. Volksb. Wünnungsamt in Wien.

[illegible][illegible]

In dieses ungeliebte Lager, da dem Verbannten nur erlaubt, in hingehört  
kämpf, Verträge in Aufzählungen zu veranstellen (während man sonst oft folgen wird), in  
ge. auf eine, Planung die ungeliebte Person auf Lager setzen, wie es der  
Vollzug - 2000. Sie sind für ~~Unge~~

nr24

7. NOV. 1919

7. NOV. 1919 Z. 23762

1. Benda

V.B.

Sanctus für seine Mitteilung, die die Volkshilfen, gemäß der Anweisung  
vorgesehen geteilt. Der Verband wird ab (auf im Hinblick auf die politischen  
Verhältnisse) für sich besetzen, wenn nicht bald der Landesreferat für die  
Verantwortung, der kann die Organisierung der Volkshilfenarbeit mit  
gründet der Regulatorik Anweisung. Mit ihm wäre dann auf über  
seiner Arbeit der Verband zu bestehen.

Gesternfalls werden wir hier sind auf Grund unserer Anweisung von d. P.  
d. f. Anweisung der Leitung von 6000 k, die ebenfalls für Organisierung  
arbeiten bestimmt ist, nicht mehr, sondern seine Organisation vor-  
setzen.

f. v.  
Verband  
zur Förderung der Volksbildung  
in Oberösterreich.  
H. Gärtners

Zweite Stellungnahme Gärtners zum Glöckel-Regulativ

## Schlußbemerkungen

Mit der Diskussion um einige Aspekte des Regulativs wird die vorliegende Studie abgeschlossen, ohne auf die Auseinandersetzungen über Funktion und Besetzung des Landesreferates einzugehen. Dies muß einer weiteren Arbeit vorbehalten bleiben, die aber auch die konkrete Entwicklung des Landesreferates nach seiner Doppelbesetzung mit Dr. Wilhelm Gärtner und Dr. Adalbert Depiny zu berücksichtigen haben wird. Nur so viel sei hier schon bemerkt: Als Gärtner 1924 aus dem Amt schied – aus einer Reihe von Ursachen –, hatte sich eines herausgestellt: Seine Idee einer übergreifenden, alle Vereinigungen und Gruppen zusammenfassenden Volksbildungsarbeit, die ja auch dem Regulativ vorschwebte, scheiterte vor allem an der Realität der immer mehr auseinanderstrebenden weltanschaulich-politischen Lager und an der wachsenden Polarisierung der politischen Kräfte. Erst nach 1945 war es, unter gewandelten historisch-politischen Voraussetzungen, einer neuen Generation möglich, Wege der Zusammenarbeit im Volksbil-

dungswesen zu finden. Dazu bedurfte es aber auch der ebenso ideenreichen wie mühsamen Arbeit einzelner Persönlichkeiten. Aber vor dem Hintergrund der sich nun einstellenden Erfolge erweisen sich Gärtners Grundgedanken als überaus fruchtbar, anregend und bleibend aktuell.

Die zitierten Originalquellen entstammen dem volksbildnerischen Nachlaß Wilhelm Gärtners, der dem Verfasser von dessen Tochter, Frau Schulrat Hilde Gärtner, zur Bearbeitung übergeben wurde; gleichfalls das Porträt auf S. 87. Zitiert wird N = Nachlaß.

trat eine möglichste Fühlungnahme des Landesreferates mit den einzelnen Volksbildungseinrichtungen und Volksbildnern, ihre Förderung und methodische Beratung . . .“ – Die Besetzung des Landesreferates erfolgte im Herbst 1920. Gärtner trat seinen Dienst am 29. März 1921 an (Tätigkeitsbericht Dr. Gärtner an das Volksbildungsamt Wien, Z. 274 vom 3. Juli 1921, in: Mapped Tätigkeitsbericht, N).